



## Regierungsratsbeschluss vom 16. Juni 2026

Kantonale Volksinitiative "Bürokratie-Stopp-Initiative"; Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Verfahren

---

P260444

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Dem Grossen Rat wird beantragt, die kantonale Volksinitiative «Bürokratie-Stopp-Initiative» für rechtlich zulässig zu erklären und dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

### Begründung

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat die Kantonale Volksinitiative «Bürokratie-Stopp-Initiative» für rechtlich zulässig zu erklären. Er lehnt die Forderung der Initiative ab. Ein direkter Zusammenhang zwischen dem Stellenwachstum und der Bevölkerungsentwicklung lässt sich nicht herstellen. Gleichzeitig hat eine solche Koppelung der Entwicklung der Stellen des Kantons an das Bevölkerungswachstum gewichtige Nachteile. So kann es zu einem Missverhältnis zwischen der Verwaltung übertragenen Ausgaben und den Kapazitäten beim Vollzug dieser Aufgaben kommen. Weiter kann eine solche Koppelung die Übertragung von Aufgaben an Dritte (Auslagerung bzw. Outsourcing und externe Berater) fördern, selbst wenn dies im Einzelfall unwirtschaftlich wäre.

